

offener brief von joachim wolbergs

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich wende mich heute in Form eines persönlichen Briefes an Sie. Bei der Finanzierung dieser Anzeige haben mir dankenswerterweise viele Freunde geholfen. Sie haben mich bei der Kommunalwahl 2014 in der Stichwahl mit über 70% zu Ihrem Oberbürgermeister gewählt. Das war ein enormer Vertrauensbeweis und ich habe alles getan, zunächst als Bürgermeister und dann als Oberbürgermeister, mit viel Leidenschaft und Engagement diese Stadt zu führen, zu repräsentieren und möglichst viel Gutes für die Menschen in dieser Stadt und der ganzen Region zu tun. Ob mir das gelungen ist, müssen Sie beurteilen. Jedenfalls habe ich alles für die Stadt gegeben.

Wie Sie wissen, verfolgen mich die Ermittlungsbehörden in Regensburg nun seit über vier Jahren. Bis heute ist es ihnen nicht gelungen, mich zu Fall zu bringen, obwohl sie, mit teilweise rechtswidrigen Maßnahmen, alles dafür getan haben, Vorwürfe zu erheben und beweisen zu wollen, was ihrer Meinung nach eben genau so gewesen sein muss. Von Anfang an ging es nur darum, eine einmal gefasste Meinung zwingend durchsetzen zu wollen. Was ich in diesen vier Jahren erlebt habe, war für mich vorher nicht vorstellbar: Ermittlungen, die sich über Jahre hinziehen, Verstöße gegen elementare Grundrechte, die Weitergabe von Unwahrheiten gegenüber dem Parlament, ja sogar Beugehaft von sechs Wochen haben mein Leben dramatisch verändert, mich aber nicht gebrochen. Mein Vertrauen in den Rechtsstaat war durch die Haft schwer erschüttert und ist es heute wieder, weil die Staatsanwaltschaft auch weiterhin abenteuerliche Vorwürfe erheben darf, ohne sich jemals für eigene Fehler verantworten zu müssen. Vorwürfe, die inzwischen durch Beweise widerlegt sind und eine Haft, von der man heute weiß, dass es sie nie hätte geben dürfen, haben dazu geführt, dass eine Behörde des Freistaates Bayern, nämlich die Landes-anwaltschaft, mich im Januar 2017 vorläufig vom Dienst suspendiert hat. Damit hat diese Behörde nicht nur gegen die Unschuldsvermutung, eines der höchsten Güter unseres Rechtsstaates, verstoßen, sondern auch demokratische Wahlen außer Kraft gesetzt. Deshalb darf ich seit Januar 2017 meine Arbeit als Oberbürgermeister für diese Stadt nicht mehr leisten, obwohl die Regensburgerinnen und Regensburger einen Anspruch darauf hätten. Was diese vier Jahre bis heute aus mir als Menschen gemacht haben, mögen Sie vielleicht nachvollziehen können, wenn Sie den Versuch unternehmen, sich in meine Situation zu versetzen. Dazu kommt, dass ich nun seit dreieinhalb Jahren einer beispiellosen Medienberichterstattung ausgesetzt bin, in deren Rahmen ich von manchen Medien oft mit Unwahrheiten und Falschmeldungen nun über Jahre hinweg kriminalisiert wurde.

Ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass ich nie bestechlich und korrupt war! Ich habe nie jemanden wegen einer Spendenzahlung bevorzugt! Und ich habe nie private Vorteile angenommen!

Ich habe gekämpft und kämpfe weiter, weil ich von meiner Unschuld überzeugt bin und weil es meine Pflicht ist, gerade als Oberbürgermeister mit Vorbildfunktion, sich dann zur Wehr zu setzen, wenn es nicht mehr gerecht zugeht.

Aufgeben ist für mich keine Option! In einem ersten Verfahren vor dem Regensburger Landgericht bin ich in neun Punkten nach erfolgter Beweisaufnahme freigesprochen worden.

Dazu gehörten alle Punkte, bei denen mir dienstliche Vergehen oder private Vorteilsnahme vorgeworfen worden waren. Verurteilt worden bin ich wegen der Annahme von Parteispenden in den Jahren 2015 und 2016, die ich zwar nach dem Parteiengesetz korrekt angenommen habe, nach einem BGH-Urteil aber nicht, weil mit der Annahme

der Anschein von Käuflichkeit erweckt werden könnte. Weil ich dieses Urteil nicht kannte bin ich ohne Strafe geblieben. Gegen diese Verurteilungen habe ich Revision beim BGH eingelegt, weil ich der Auffassung bin, dass eine korrekte Annahme von Spenden nach dem Parteiengesetz nicht dazu führen kann, sich in irgendeiner Form strafbar zu machen, so wie das bei Abgeordneten der Fall ist. Heute bin ich im Übrigen der Meinung, dass man Spenden an Parteien grundsätzlich verbieten sollte, weil es immer irgendjemanden geben wird, der darin den Anschein von Käuflichkeit sieht. Also müssen Wahlkämpfe in Zukunft von der öffentlichen Hand finanziert werden, so wie das beispielsweise in Österreich der Fall ist. Der Bundesgesetzgeber hat schlichtweg die Pflicht, dies nun endlich zum Schutz der Spender und der Politikerinnen und Politiker abschließend zu regeln. Wenn das gilt, was die Ermittlungsbehörden an Vorwürfen wegen der Annahme von Spenden konstruieren, dann ist Politik in diesem Land auf allen Ebenen nicht mehr möglich.

Derzeit läuft ein zweites Verfahren gegen mich, weil die Ermittlungsbehörden die Verfahren künstlich aufgespalten haben, um eine Rückkehr meinerseits in das Amt des Oberbürgermeisters zu verhindern, ja sogar, um den Versuch zu unternehmen, eine Wiederwahl unmöglich zu machen. So wurde in den letzten Wochen auch viel darüber spekuliert, ob ich bei einer Wiederwahl das Amt überhaupt würde ausüben können oder noch dauerhaft suspendiert bleiben würde. Nach dem Urteil des ersten Verfahrens und dem jetzigen Stand der Beweisaufnahme im zweiten Verfahren vor dem Regensburger Landgericht ist es für mich nicht vorstellbar, dass es zu einer Bestrafung kommen kann, die das Ausüben des Amtes verhindern würde.

Sollte ich wiedergewählt werden und im zweiten Verfahren nicht zu einer dramatischen Strafe verurteilt werden, werde ich selbstverständlich das Amt antreten können.

Wer etwas anderes behauptet, unternimmt wieder den Versuch, mich mit unlauteren Methoden verhindern zu wollen. Komisch mutet in diesem Zusammenhang übrigens an, dass über die Zulassung von Anklagen gegen Vertreter der CSU kurioserweise erst nach der Kommunalwahl entschieden werden soll. Während meiner Inhaftierung hatte sich die SPD, deren Funktionäre sich nach meinem Wahlsieg bei jeder Gelegenheit mit mir sehen lassen wollten, von mir abgewendet. Dieses beispiellose unsolidarische Verhalten und die Illoyalität haben dazu geführt, dass ich diese Partei verlassen habe. Ich habe dann mit zahlreichen engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Wählerinitiative gegründet, die den Namen „Brücke – Ideen verbinden Menschen“ trägt und die bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 mit einer eigenen Stadtratsliste mit herausragenden Persönlichkeiten antreten wird. Ich werde die nächsten drei Wochen weiterkämpfen, um Ihr Vertrauen zurückzugewinnen.

Ich war nie korrupt und habe mich immer nur für das Wohl dieser Stadt und der Menschen eingesetzt. Nicht die Ermittlungsbehörden, sondern Sie entscheiden, wer Regensburg in die Zukunft führen wird.

Ich bitte Sie herzlich darum, mir wieder Ihr Vertrauen zu schenken und mir eine weitere Chance zu geben, diese wunderschöne Stadt zu führen.

Ich bitte Sie also, mich wieder zu Ihrem Oberbürgermeister und viele Kandidatinnen und Kandidaten der „Brücke“ in den Stadtrat zu wählen.

Ich verspreche Ihnen im Gegenzug, alles, aber auch wirklich alles an Kraft, Engagement und Leidenschaft zu investieren, um für eine gute Zukunft aller Menschen in Regensburg zu sorgen.

Machen Sie's gut – alles Liebe und Gute!
Ihr Joachim Wolbergs

**WENN SIE NOCH FRAGEN HABEN ODER AUCH WENN SIE MICH IM WAHLKAMPF UNTERSTÜTZEN WOLLEN, SCHREIBEN SIE MIR BITTE EINFACH:
JOACHIM.WOLBERGS@ICLOUD.COM**

BRUECKE-KOMMUNALWAHL2020.DE



herz fassen,
wolbergs
wählen.

LISTENKREUZ
Wahlvorschlag Nr.10

brücke
IDEEEN · VERBINDEN · MENSCHEN